



Freie Zeiteinteilung im Job ist oft wichtiger als der Lohn

Viele Arbeitnehmer wollen heute so arbeiten, dass ihnen noch genug Zeit für andere Aufgaben bleibt. Arbeitgeber spüren das bereits.

SALZBURG. In Salzburg und Wien sperren einzelne Geschäfte am Samstag nicht mehr auf. Nicht weil sie keine Kunden hätten, sondern weil sie kein Personal finden. Selbst Führungs- und Fachkräfte ziehen laut einer Umfrage des Internet-Jobportals Stepstone ihre Gesundheit (80 Prozent) und Familie (70 Prozent) beziehungsweise Partner-

schaft (66 Prozent) der Karriere vor. Von 845 befragten Führungskräften sagen gut drei Viertel der Berufstätigen und Jobsuchenden, dass sie besonders Wert auf flexible Arbeitszeitmodelle legen. Sie wollen sich ihre Zeit selbst einteilen können.

Personalmanager sagen, die Betriebe sollten sich besser auf diese Entwicklung einstellen. Soll heißen:

Statt mehr Geld zu bieten, sollte es kreativere Lösungen wie etwa mehr Urlaub geben. Ein Salzburger Metzger mit 24 Mitarbeitern sagt, man müsse eben modern denken. Er wird bald eine eigene Kinderbetreuung anbieten – ein Dauerbrenner für die Vereinbarkeit von Job und Familie. Das Angebot entspricht oft nicht den Erfordernissen der Betriebe und

der Arbeitnehmer. Auch dies zeigt eine europaweite Umfrage. 90 Prozent der Befragten halten demnach die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für zumindest wichtig. Bei den heute startenden Verhandlungen für einen neuen Kollektivvertrag im Handel hat für die Gewerkschaft aber die Forderung nach höheren Mindestlöhnen Vorrang. **Seite 11**

Samstag will ich frei

Alle reden von flexibleren Arbeitszeiten und längeren Öffnungszeiten. Nur die Mitarbeiter spielen hier immer öfter nicht mit. Geschäfte haben deshalb schon am Samstag geschlossen.

KARIN ZAUNER, HELMUT KRETZL,
BIRGITTA SCHÖRGHOFER

SALZBURG. Der Mann ist außer Atem, er ist gerade mit seinen zwei Kindern durch die ganze Stadt Salzburg geradelt: samstags, auf der Suche nach einem Metzger. Doch die meisten haben geschlossen. Auch Fleischermeister Johann Mache und Sohn Matthias haben neuerdings neben der Traditionsfleischerei in Stadtrandlage ein Geschäft in der Salzburger Innenstadt. „Ich würde dort auch gern samstags aufmachen, allein mir fehlt das Personal“, sagt er.

Auch bei den Friseuren sperren nicht mehr alle am Samstag auf. „Es gibt diese Tendenz“, sagt Bundesinnungsmeister Wolfgang Eder. Vor allem bei kleineren Läden in Wien sei dies zu beobachten, „die sperren dann von Montag bis Freitag auf“. Er selbst könne sich nicht vorstellen, am Samstag das Geschäft zuzusperren, betont Eder, „das ist in unserer Branche nach wie vor einer der besten Tage“. Als Dienstleister müsse man seine Arbeit dann zur Verfügung stellen, wann der Kunde sie annehme. Früher hatte Eder auch am Montag geöffnet, dem eigentlich traditionell freien Tag der Friseur. „Aber dazu fehlt mittlerweile das Personal“, sagt er.

Die Teile des Bilds fallen aus dem Rahmen. Hier der Ruf nach längeren Öffnungszeiten und flexibleren Arbeitszeiten, da die hohe Arbeitslosigkeit, zugleich wollen viele nicht an Samstagen arbeiten oder Überstunden leisten. Im Spar-Konzern findet man zwar Personal für den Samstag, aber das seien oft Studenten und Mitarbeiter, die sonst während der Woche nicht arbeiten, sagt Sprecherin Nicole Berkmann. Doch insgesamt fehlten Mitarbeiter: rund 300. Vor allem für Feinkostabteilungen sei es schwierig, jemanden zu bekommen. „Das trauen sich viele nicht zu.“ – Die Situation ist komplex.



Nicht wegen Reichtums, sondern wegen Personalmangels geschlossen.

BILD: SAKFRIEDBERG - FOTOLIA

Sollen die Betriebe halt mehr zahlen, heißt es oft. Metzgermeister Johann Mache ist überzeugt, daran könne es bei ihm nicht liegen. „Ich zahle 2000 bis 2500 Euro netto im Monat“, sagt er. Und im Sommer

Die Generation der Familiengründer wäge stark ab, wie sich Job und Familienzeit aufteilen lassen. Da spielten 100 Euro mehr oder weniger oft keine Rolle. Ein Problem sei auch, dass die Kinderbetreuung nicht so flexibel sei wie die Arbeitszeiten. „Und ich habe den Eindruck, dass die jüngeren vielfach vom Geschaffen der vorhergehenden Generationen profitieren.“ Schobesberger ist überzeugt, dass sich Betriebe wandeln müssen, um jene Arbeitskräfte zu bekommen, die sie wollen. Kleinere Handelsbetriebe müssten sich etwa für die Kinderbetreuung zusammenschließen. Und es brauche unkonventionelle Lösungen statt mehr Geld, etwa zusätzliche Urlaubstage.

„Die Betriebe müssen unkonventionelle Lösungen bieten.“

Renate Schobesberger, HR-Expertin

werde er als Betrieb mit 24 Mitarbeitern eine eigene Kinderbetreuung anbieten, den Fitnessstudiobeitrag für Mitarbeiter zahle er bereits. Maches Theorie: Die jüngere Generation habe gesehen, wie sich die Älteren für den Job aufgerieben hätten, „das wollen sie nicht“.

Renate Schobesberger, Senior Consultant beim Personalmanager Iventa in Salzburg, kennt das Phänomen aus ihrer täglichen Arbeit.

Zwar seien Zuschläge für weniger beliebte Arbeitszeiten branchenüblich, sagt Franz Georg Brantner von der Gewerkschaft GPA-djp. Doch auch sie reichten oft nicht aus, wenn sich Mitarbeiter für familienfreundlichere Dienstzeiten mit mehr Lohn in einem anderen Bereich entscheiden könnten.

Die staatliche Jobvermittlung nimmt nicht auf Samstag- oder Sonntagsarbeit Rücksicht, wohl aber auf die Kinderbetreuung. „Es gibt im Bedarfsfall eine Kinderbetreuungsbeihilfe“, sagt Salzburger stellvertretender AMS-Chef Anton Köllinger. Und bei Frauen mit Kindern sehen die Zuzuschlagsregeln bis zu einem gewissen Alter der Kinder eine Mindestverfügbarkeit von 16 Wochenstunden vor.

Die Entwicklung, dass Arbeitnehmer stärker auf eine Balance zwischen Job und Freizeit achten, sei nicht mehr aufzuhalten, sagt Personalexpertin Schobesberger. „Schauen Sie, wie viele junge sich Auszeiten fürs Reisen nehmen.“ Auch Friseurmeister Wolfgang Eder sieht den sinkenden Willen der Jugendlichen, am Samstag oder Wochenende zu arbeiten, als Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung. „Für die Jungen ist Freizeit eine wichtige Entscheidung bei der Berufswahl, die achten mehr als andere Generationen auf die Work-Life-Balance.“

Der Handel beginnt zu verhandeln

533.000

Heute beginnen die Verhandlungen für den neuen Kollektivvertrag (KV) für gut eine halbe Million Angestellte und Lehrlinge im heimischen Handel, 58.600 geringfügig. Die Hälfte arbeitet im Einzelhandel, mehrheitlich im Lebensmittel- und Textilbereich. Rund 78.000 Handelsbetriebe erzielen Umsätze von 244 Mrd. Euro. Personalkosten machten 12,7 Prozent aller Aufwendungen aus.

Ausgangslage

Der durchschnittliche Umsatz wuchs um 2,2 Prozent, aber ungleich verteilt. Die höchsten Umsätze gab es im Lebensmitteleinzelhandel (+1,8 Prozent), ebenso im Spielwareneinzelhandel. Noch stärker war 2015 das Plus im Kfz-Handel (+2,7 Prozent), während der Einzelhandel mit Elektrogeräten, Computern, Fotoartikeln, Bekleidung und Schuhen Umsatzrückgänge aufwies.

Forderungen

Priorität hat das rasche Erreichen von 1700 Euro Mindesteinkommen brutto (aktuell: 1523). Weiters fordern die Verhandler eine sechste Urlaubswoche für alle nach 25 Jahren Arbeit, die Abgeltung der Berufsschulunterstützungskosten für Lehrlinge sowie Rechtsanspruch auf einen Pappamat. hkw

Schweden – ein unerreichbares Vorbild für Österreich?

Im Schulterchluss mit der Bevölkerung gelang den Regierenden in Schweden die nachhaltige Sanierung des Staates.

RICHARD WIENS

WIEN. Schweden erzielte 2015 ein ausgeglichenes Budget, die Staatsschuldenquote lag bei 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das um 4,1 Prozent wuchs. Im Vergleich dazu betrug die öffentliche Verschuldung in Österreich 85,5 Prozent des BIP, das Budgetdefizit 1,1 Prozent, und die Wirtschaftsleistung legte nur um 0,9 Prozent zu. Wie machen die Schweden das?

Antworten auf diese Frage lieferte am Montagabend Schwedens Finanzministerin Magdalena Andersson. Auf Einladung ihres Amtskollegen Hans Jörg Schelling skizzierte sie, wie Schweden aus seiner tiefen Finanzkrise in der ersten Hälfte der

1990er-Jahre, als die Wirtschaft um 5 Prozent schrumpfte, die Arbeitslosigkeit auf 10 und das Budgetdefizit bis auf 13 Prozent stiegen, auf einen bis heute beeindruckenden Kurs zurückfand. Basis dafür war eine Politik, die je zur Hälfte auf niedrigere Ausgaben und höhere Steuern setzte. Zudem habe sich Schweden klare Fiskalziele gesetzt, sagte Andersson. So soll das Budget über den Konjunkturzyklus ein Plus von 1 Prozent des BIP aufweisen. Diese Grenze wurde erst vor Kurzem auf 0,33 Prozent gesenkt, vor allem wegen der hohen Ausgaben für Flüchtlinge. Schweden hat rund 160.000 Personen aufgenommen. Das werde von allen Parteien mitgetragen, außer der schwedischen Rechtspartei.

Schweden peilt nun mittelfristig 35 Prozent Staatsschuldenquote an. Als disziplinierend habe sich auch die drei Jahre im Voraus fixierte Ausgabenobergrenze erwiesen und klare Vorgaben für die lokalen Regierungen, sagte Andersson. Etwas, was sich Schelling auch für Österreich wünschen würde, wie er unter Hinweis auf die laufenden Finanz-ausgleichsverhandlungen sagte.

Schweden habe bewiesen, dass gesunde Staatsfinanzen, hohes Wirtschaftswachstum und ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat kein Widerspruch sind, betonte Andersson. Dafür sei jedoch eine breite Zustimmung in der Bevölkerung nötig. Dass „Änderungen einfacher sind, wenn man sich in einer tiefen Krise



„Beliebt waren wir nicht, aber respektiert.“

M. Andersson,
Finanzministerin

befindet“, sei klar, „aber eine Krise ist nicht Voraussetzung für Veränderungen“. Die Kürzungen von Sozialleistungen seien für ihre Partei hart gewesen, sagt die Sozialdemokratin, aber das Volk habe akzeptiert, dass es gemacht werden musste. „Wir waren nicht beliebt, aber wir wurden respektiert“, so die Ministerin, „unsere Umfragewerte waren nicht die besten, aber wir haben die nächsten Wahlen gewonnen.“

An „klugen Ausgabenkürzungen, niedrigeren Abgaben auf Arbeit und einer Senkung der Staatsschulden“ führe in Österreich kein Weg vorbei, wenn man Handlungsspielraum gewinnen wolle, sagt Wifo-Chef Christoph Badelt. Was er vermisst, ist der Wille dazu. Badelt und Martin Kocher vom IHS halten Investitionen in Forschung und vor allem in die Aus- und Weiterbildung für die wichtigste Aufgabe der Politik. „Alle anderen Probleme können wir bewältigen“, sagt Kocher.

In Schweden könne keine Partei eine Wahl gewinnen, die sich nicht ausdrücklich zu gesunden öffentlichen Finanzen bekenne, sagte Andersson. Vielleicht macht ja das den Unterschied zu Österreich aus.